

DEBATTE JOSEF ZOLLNERITSCH über die mangelnde staatliche Sorgfalt in der Bildungspolitik.

Bildung für alle?

Möglichst viel Bildung für möglichst viele Menschen – davon sind wir weit entfernt.

Wie viele Menschen benötigen wie viel Bildung? Ist es gut, wenn möglichst viele leistungswillige junge Menschen ein möglichst hohes Bildungsniveau erreichen, oder brauchen die Häuptlinge möglichst viele Indianer? Wo kommen wir hin, wenn es in Österreich nur mehr Akademiker gibt? Wer wird dann noch die einfachen Arbeiten verrichten? Ja – was ist uns Bildung eigentlich wert?

Eine Zeitung hat vor einem Jahr berichtet, dass es in den 50-er Jahren eine Vereinbarung der Sozialpartner mit der herrschenden ÖVP gegeben habe, dass die breite Masse ungebildet bleiben sollte wegen des Bedarfs an Hilfsarbeitern. Ein Aufschrei folgte – doch wie ist es heute? Da hat sich bei den Bildungsangeboten viel verändert, doch: 25 Prozent der Erwerbstätigen weisen nur den Pflichtschulabschluss auf. In einem der reichsten Länder der Welt, wie gibt's das? Weil es im Bildungssystem keine wirkliche Ergebnisverantwortung gibt.

Ob jemand mit einer Ausbildung fertig wird oder nicht, ist sein Privatvergnügen. Im Obrigkeitsstaat Österreich wird Bildung gewährt, doch der Staat trifft keine Obsorge, dass möglichst viele Menschen möglichst lange lernen. Wenn jemand daran gehindert ist, aus welchen Gründen auch immer, fällt er eben aus dem Bildungssystem heraus. Auch wenn das AMS für Nachschulungen Millionen aufwendet. Von wegen „life long learning“, bei uns zählt vor allem der Formalabschluss zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Noch ein Indiz für die mangelnde staatliche Sorgfalt: Schul- und Studienerfolg sind eher gegeben, wenn sich die Eltern möglichst intensiv kümmern. Emotional und materiell. Etwas wie ein organisierter sozialer Ausgleich für Benachteiligte ist uns im Prinzip fremd.

In vielen Ländern Europas gibt es staatliche Kreditsysteme für Studierende. Die Rückzahlungsmodalitäten sind eng mit dem Studienerfolg verknüpft. So kann jeder sein Studium effizient und ohne materielle Sorgen abwickeln. Die Verantwortlichkeit liegt bei den Studierenden und beim Staat. Aber nicht ausschließlich bei den Eltern.

Als Norwegen von seinen Ölschätzen noch nichts wusste, rief der damalige König seinen Landsleuten zu: „Wir sind zwar bettelarm, aber wir lassen uns unsere Würde nicht nehmen. Das Einzige, was wir dazu tun können, ist, dass wir in Bildung investieren.“ Dort besteht heute ein Rechtsanspruch auf lebenslange Bildung – von Geburt bis zum Tod. Der Anspruch ist einklagbar. Er entbindet auch von der leidigen Frage, wer denn nach einer groß angelegten Bildungsoffensive noch die einfachen Arbeiten machen würde. Denn: Auch der „Hilfsarbeiter“ braucht ständige Bildungsimpulse, alleine um sein Leben glücklich gestalten zu können.

Dies ist ein zutiefst humanistischer Anspruch, der einer entwickelten, demokratisch reifen Gesellschaft würdig ist.

Josef Zollneritsch ist Leiter der Abteilung Schulpsychologie im Landesschulrat